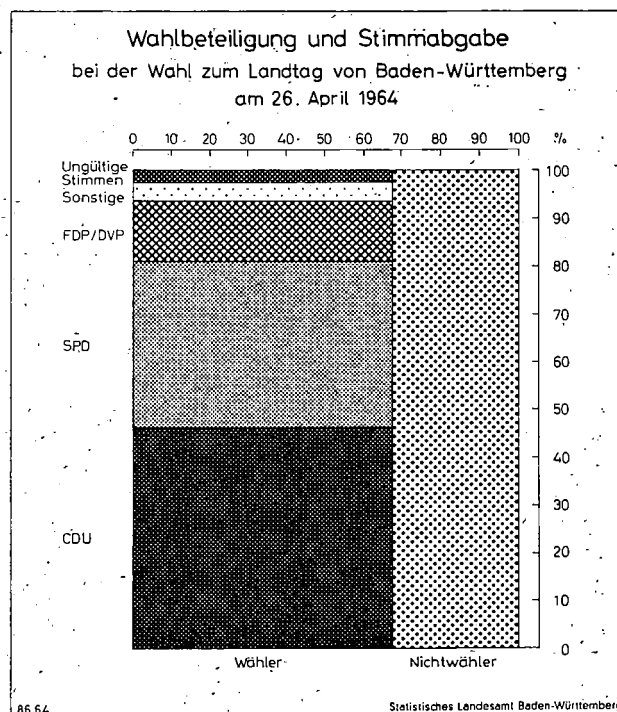


Geradezu dezimiert wurde die *Gesamtdutsche Partei (GDP)*, der nur noch 65 733 Stimmen (1,8 % der Gesamtzahl) zufielen. Von den bei der Landtagswahl 1960 erlangten 194 402 Stimmen des ehemaligen *GB/BHE* und den 47 410 Stimmen der früheren *DP* blieb ihr noch rund ein Viertel, mit dem sie die für die Sitzverteilung entscheidende 5 %-Grenze des Landtagswahlgesetzes nicht zu überwinden vermochte. Noch geringer waren die Erfolge der übrigen Parteien. Die *Deutsche Friedens-Union (DFU)*, die sich erstmals an einer Landtagswahl beteiligte, brachte es auf 49 168 gültige Stimmen (1,4 %); die *Deutsche Gemeinschaft* erhielt mit 10 251 gültigen Stimmen (0,3 %) fast doppelt soviel wie 1960. Auf den im Wahlkreis 24 Waiblingen II aufgetretenen Einzelbewerber entfielen 149 gültige Stimmen, also 1 Stimme weniger, als Unterschriften für die Zulassung des Wahlvorschlags eines Einzelbewerbers beigebracht werden müssen.

### Verschiebungen in der Sitzverteilung

Um die 120 Sitze im neuen Landtag von Baden-Württemberg bewarben sich 393 Kandidaten der bereits genannten 6 Parteien und ein Einzelbewerber; außerdem waren 378 Ersatzbewerber aufgestellt. Von den 70 Erstmandaten, die auf Grund der jeweiligen Stimmenmehrheit in einem Wahlkreis vergeben werden, entfielen auf die CDU 44, das sind 10 mehr als bei der Landtagswahl 1960. Von diesem Mandatsgewinn gehen 9 Sitze zu Lasten der SPD und 1 zu Lasten der FDP/DVP. Die SPD erhielt 25 Erstmandate, die FDP/DVP 1. Nach dem Verhältnisgrundsatz waren auf Regierungsbezirksebene 50 weitere sogenannte Zweitmandate zu verteilen, von denen nach den vorläufigen Wahlergebnissen 15 auf die CDU, 22 auf die SPD und 13 auf die FDP/DVP kamen. Die GDP, die bei



der Landtagswahl 1960 noch 7 Zweitmandate erhalten hatte, konnte bei der Zweitausteilung mangels eines ausreichenden Stimmenanteils nicht mehr berücksichtigt werden.

**Sitzverteilung im Landtag von Baden-Württemberg auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Landtagswahl 1964 (mit Vergleichsangaben 1952 bis 1960)**

Bezeichnung	Landtagswahl <sup>1)</sup>						Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung 1952
	1964 <sup>2)</sup>		1960 <sup>3)</sup>		1956		
	Ergebnis	Veränderung gegenüber 1960	Ergebnis	Veränderung gegenüber 1956	Ergebnis	Veränderung gegenüber 1952	
Gewählte Abgeordnete insgesamt ...	120 (70/50)	-1 (- /- 1)	121 (70/51)	+1 (- /+ 1)	120 (70/50)	- 1	121
Davon							
CDU .....	59 (44/15)	+7 (+10/- 3)	52 (34/18)	-4 (-14/+10)	56 (48/ 8)	+ 6	50
SPD .....	47 (25/22)	+3 (- 8/+11)	44 (33/11)	+8 (+13/- 5)	36 (20/16)	- 2	38
FDP/DVP .....	14 ( 1/13)	-4 (- 2/- 2)	18 ( 3/15)	-3 (+ 1/- 4)	21 ( 2/19)	- 2	23
Sonstige .....	-	-7 (- - /- 7)	7 (- / 7)	-	7 (- / 7)	- 3	10

<sup>1)</sup> In Klammern: 1. Zahl = Erstmandate, 2. Zahl = Zweitmandate. — <sup>2)</sup> Vorläufige Ergebnisse. — <sup>3)</sup> Unter Berücksichtigung der Wiederholungswahl 1961.

Damit setzt sich der neugewählte Landtag von Baden-Württemberg aus folgenden drei Fraktionen zusammen: CDU 59 Mitglieder (1960: 52), SPD 47 (44) und FDP/DVP 14 (18). Das im Zusammenhang mit der Wiederholungswahl 1961 entstandene Überhangmandat ist weggefallen, so daß der neue Landtag der Regelzahl entsprechend aus 120 Abgeordneten besteht.

Dr. Eberhard Gawatz

## Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1963

Zu Beginn des Jahres 1964 lebten im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 57,865 Millionen Menschen. Davon gehörten 8,108 Millionen oder 14,0 % zur Wohnbevölkerung des Landes Baden-Württemberg. Zum genannten Zeitpunkt betrug die durchschnittliche Bevölkerungsdichte im Bundesgebiet einschließlich Berlin (West) 233 und in Baden-Württemberg 227 Einwohner je qkm. Von den Nachbarländern Baden-Württembergs ist Hessen (237) etwas dichter besiedelt, während Rheinland-Pfalz (177) und Bayern (140) eine wesentlich geringere Bevölkerungsdichte als unser Land aufweisen. Von der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs am 31. Dezember 1963 waren 3,866 Millionen oder 47,7 % männlich und 4,242 Millionen oder 52,3 % weiblich. Auf 1000 männliche Personen kamen demnach 1097 weibliche.

### Bevölkerungswachstum ließ 1963 nach

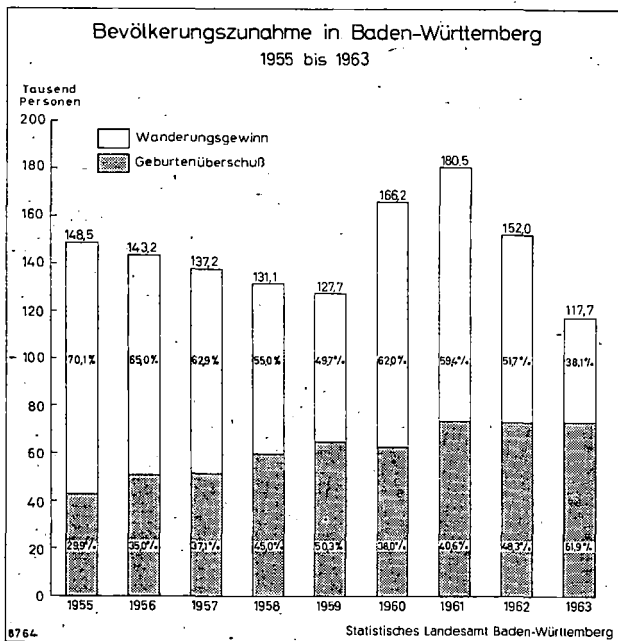
Innerhalb des Jahres 1963 stieg die Bevölkerungszahl des Bundesgebietes um 617 000 oder 1,1 %. Gegenüber dem Jahr 1962, das mit einer Zuwachsrate von 1,2 % abgeschlossen

hatte, schwächte sich das Bevölkerungswachstum im abgelaufenen Jahr demnach leicht ab, allerdings nur in Niedersachsen,

**Wohnbevölkerung und Bevölkerungsdichte in den Ländern des Bundesgebietes am 31. Dezember 1963**

Land	Fläche <sup>1)</sup> qkm	Wohnbevölkerung 1000	Einwohner je qkm
Nordrhein-Westfalen .....	33 977,14	16 361,1	482
Bayern .....	70 549,66	9 846,6	140
Baden-Württemberg .....	35 749,66	8 108,3	227
Niedersachsen .....	47 385,68	6 786,4	143
Hessen .....	21 108,17	5 004,9	237
Rheinland-Pfalz .....	19 831,27	3 509,5	177
Schleswig-Holstein .....	15 657,79	2 375,8	152
Hamburg .....	747,23	1 854,6	2 482
Saarland .....	2 567,37	1 106,2	431
Bremen .....	403,77	724,8	1 795
Berlin (West) .....	480,97	2 186,2	4 545
<b>Bundesgebiet .....</b>	<b>248 458,72</b>	<b>57 864,5</b>	<b>233</b>

<sup>1)</sup> Gebietsstand 30. Juni 1963.



Hessen, Bayern, im Saarland und in Baden-Württemberg, während in den übrigen Bundesländern die Zuwachsraten von 1962 auf 1963 unverändert blieben und Berlin (West) im Jahr 1963 nicht wie im Jahr zuvor eine Bevölkerungsabnahme von 0,7 %, sondern eine Zunahme von 0,6 % zu verzeichnen hatte. Am deutlichsten ging die Zuwachsrate 1963 im Saarland (von 1,3 % auf 0,9 %) und in Baden-Württemberg (von 1,9 % auf 1,5 %) zurück.

In Baden-Württemberg hatte sich das Bevölkerungswachstum bereits von 1961 auf 1962 verlangsamt, da die Einwohnerzahl des Landes im Jahr 1962 um 152 000, im Jahr zuvor aber um 180 500 gestiegen ist. Im Jahr 1963 ergab sich eine Bevölkerungszunahme von 117 700 Personen, das sind 34 300 bzw. 62 800 Personen weniger als in den beiden vorangegangenen Jahren. Gleichwohl ist der Bevölkerungszuwachs des abgelaufenen Jahres immer noch als hoch zu bezeichnen, entspricht doch die Zunahme dieses einen Jahres von 117 700 Menschen zahlenmäßig ungefähr der gesamten derzeitigen Einwohnerschaft der Landkreise Saulgau und Sigmaringen. Gleichmaßen hoch erscheint die Bevölkerungszunahme Baden-Württembergs während des Jahres 1963 auch im Vergleich mit den übrigen Bundesländern, da in keinem von ihnen die Wachstumsquote unseres Landes von 1,5 % erreicht wurde.

#### Rückgang der Wanderungsgewinne

Die Abschwächung des Bevölkerungswachstums in Baden-Württemberg innerhalb der beiden letzten Jahre ist allein auf den Rückgang der Wanderungsgewinne zurückzuführen. Während sich von 1961 bis 1963 jährlich ein nahezu gleich großer Geburtenüberschuß von rund 73 000 Personen ergab, nahm der Wanderungsgewinn in diesen drei Jahren von 107 200 über 78 600 auf 44 900 Personen ab. Damit entfielen von der Bevölkerungszunahme des Jahres 1963 nur noch 38,1 % auf Wanderungsgewinne, hingegen 61,9 % auf Geburtenüberschüsse, während in allen anderen Nachkriegsjahren bis 1959 der Zuwanderungsüberschuß stets die stärkere Komponente in der Bevölkerungsentwicklung unseres Landes gebildet hatte.

Die in den Jahren 1962 und 1963 zu beobachtende Verringerung des Wanderungsgewinns hat zwei Hauptursachen, von denen die erste bereits 1962 den Ausschlag gab, nämlich die Abdrösselung der Zuwanderung aus der sowjetischen Besatzungszone und aus dem Sowjetsektor von Berlin seit August 1961. Die zweite Ursache, die erst 1963 in Erscheinung trat,

bildet das starke Nachlassen im Zustrom ausländischer Arbeitskräfte. Hatte der Wanderungsgewinn unseres Landes gegenüber dem Ausland in den Jahren 1961 und 1962 noch 58 200 bzw. 60 400 Personen umfaßt, so betrug er 1963 nur 24 400 Personen.

In der Wanderungsbilanz Baden-Württembergs mit den übrigen Bundesländern waren von 1962 auf 1963 keine großen Änderungen zu verzeichnen: Im Gesamtergebnis verringerte sich der Wanderungsgewinn unseres Landes von 16 100 auf 15 300 Personen. Wanderungsverluste für Baden-Württemberg traten 1963 ebenso wie 1962 lediglich gegenüber Hessen und Bayern ein. Dabei stieg der Verlust gegenüber Hessen von 966 auf 1490 Personen, verringerte sich aber gegenüber Bayern von 1575 auf 467 Personen. In noch stärkerem Maße als schon in den letzten Jahren wurde Nordrhein-Westfalen 1963 zum Hauptzuwanderungsland für Baden-Württemberg, denn gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Wanderungsgewinn von 7540 auf 9360 Personen. Zu erwähnen ist auch, daß von 1962 auf 1963 der Zuwanderungsüberschuß unseres Landes aus Berlin (West) von 3650 auf 960 Personen abnahm.

#### Bevölkerungszunahme in Baden-Württemberg 1955 bis 1963

Jahr Regierungsbezirk	Zunahme ins- gesamt	Davon			
		Geburten- überschuß		Wanderungs- gewinn	
		1000	%	1000	%
1955	148,5	44,4	29,9	104,1	70,1
1956	143,2	50,2	35,1	93,1	65,0
1957	137,2	50,9	37,1	86,3	62,9
1958	131,1	59,0	45,0	72,1	55,0
1959	127,7	64,2	50,3	63,5	49,7
1960	166,2	63,1	38,0	103,1	62,0
1961	180,5	73,3	40,6	107,2	59,4
1962	152,0	73,4	48,3	78,5	51,6
1963	117,7	72,8	61,9	44,9	38,1
Davon					
Nordwürttemberg	43,4	29,7	68,4	13,8	31,8
Nordbaden	23,5	11,6	49,4	11,9	50,6
Südbaden	29,2	16,6	56,8	12,6	43,2
Südwestfalen-Hohenz.	21,6	14,9	69,0	6,7	31,0

#### Bevölkerungszunahme 1963 in Südbaden am stärksten

In den einzelnen Regierungsbezirken des Landes verlief die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1963 nicht gleichmäßig. Der Rückgang des Wanderungsgewinns und die sich daraus ergebende Abschwächung des Bevölkerungswachstums gegenüber 1962 zeigte sich besonders deutlich in den württembergischen Regierungsbezirken. Während sich der Wanderungsgewinn 1963 im Vergleich zu 1962 in Nordbaden von 16 600 auf 11 900 und in Südbaden von 14 800 auf 12 600 Personen verringerte, nahm er in Nordwürttemberg von 30 500 auf 13 800 und in Südwestfalen-Hohenzollern von 16 600 auf 6 700 Personen ab. Damit hatte Nordwürttemberg im Jahr 1963 an der Einwohnerzahl gemessen den schwächsten Wanderungsgewinn aller Regierungsbezirke zu verzeichnen, nämlich 4,4 a. T. (auf 1000 der Bevölkerung). Kaum höher war die entsprechende Quote in Südwestfalen-Hohenzollern mit 4,6 a. T. Demgegenüber machte der Wanderungsgewinn in Nordbaden 6,8 a. T. und in Südbaden 7,4 a. T. aus.

Das natürliche, durch Geburt und Tod bestimmte Bevölkerungswachstum war wie in den Vorjahren dadurch gekennzeichnet, daß die Geburtenhäufigkeit in den südlichen Regierungsbezirken höher war als in den nördlichen, und daß von den letztgenannten Nordwürttemberg eine verhältnismäßig niedrige, Nordbaden hingegen die höchste Sterbequote unter den Regierungsbezirken aufzuweisen hatte. So betrug der Geburtenüberschuß 1963 in Südwestfalen-Hohenzollern 10,2, in Südbaden 9,8, in Nordwürttemberg 9,4, in Nordbaden aber nur 6,6 auf 1000 der Bevölkerung. Im Zusammenwirken beider Wachstums Komponenten ergab sich 1963 die stärkste Bevölkerungszunahme im Regierungsbezirk Südbaden mit

**Die Bevölkerungsentwicklung in den Stadt- und Landkreisen im Jahr 1963**

Stadtkreis/Landkreis Regierungsbezirk Land	Fortgeschriebene Bevölkerung am		Zu- oder Abnahme (—) im Jahr 1963					
	31. Dezember 1962	31. Dezember 1963	insgesamt	%	davon			
					Geburtenüberschuß		Wanderungsgewinn bzw. -verlust (—)	
					Anzahl	aT <sup>1)</sup>	Anzahl	aT <sup>1)</sup>
Stuttgart Stadtkr.	639 103	634 713	— 4 390	— 0,7	3 146	4,9	— 7 536	—11,8
Heilbronn "	91 340	92 794	1 454	1,6	747	8,1	707	7,7
Ulm "	93 849	93 811	— 38	— 0,0	539	5,7	— 577	— 6,1
Aalen Landkr.	145 532	147 603	2 071	1,4	1 737	11,8	334	2,3
Backnang "	93 395	95 935	2 540	2,7	1 032	10,9	1 508	15,9
Böblingen "	155 662	162 439	6 777	4,4	2 268	14,2	4 509	28,3
Crailsheim "	64 479	64 996	517	0,8	498	7,7	19	0,3
EBlingen "	208 325	212 726	4 401	2,1	2 408	11,4	1 993	9,4
Göppingen "	207 122	207 487	365	0,2	1 496	7,2	— 1 131	— 5,4
Heidenheim "	116 898	119 045	2 147	1,8	1 324	11,2	823	7,0
Heilbronn "	167 366	171 384	4 018	2,4	1 786	10,5	2 232	13,2
Künzelsau "	31 923	31 880	— 43	— 0,1	299	9,3	— 342	—10,7
Leonberg "	106 239	110 412	4 173	3,9	1 458	13,4	2 715	25,0
Ludwigsburg "	255 293	261 628	6 335	2,5	2 853	11,0	3 482	13,4
Mergentheim "	40 737	41 234	497	1,2	340	8,3	157	3,8
Nürtingen "	137 126	139 838	2 712	2,0	1 427	10,3	1 285	9,3
Öhringen "	44 701	45 318	617	1,4	341	7,6	276	6,1
Schwäbisch Gmünd "	101 928	102 716	788	0,8	936	9,1	— 148	— 1,4
Schwäbisch Hall "	60 056	60 685	629	1,0	593	9,8	36	0,6
Ulm "	86 163	87 557	1 394	1,6	1 026	11,8	368	4,2
Vaihingen "	79 091	80 302	1 211	1,5	876	10,9	335	4,2
Waiblingen "	203 399	208 667	5 268	2,6	2 559	12,3	2 709	13,1
<b>Nordwürttemberg</b>	<b>3 129 727</b>	<b>3 173 170</b>	<b>43 443</b>	<b>1,4</b>	<b>29 689</b>	<b>9,4</b>	<b>13 754</b>	<b>4,4</b>
Karlsruhe Stadtkr.	248 000	249 905	1 905	0,8	958	3,8	947	3,8
Heidelberg "	126 118	125 594	— 524	— 0,4	382	3,0	— 906	— 7,2
Mannheim "	318 919	321 075	2 156	0,7	1 277	4,0	879	2,7
Pforzheim "	85 187	85 817	630	0,7	513	6,0	117	1,4
Bruchsal Landkr.	122 520	124 785	2 265	1,8	1 172	9,5	1 093	8,8
Buchen "	63 002	63 899	897	1,4	461	7,3	436	6,9
Heidelberg "	153 018	157 600	4 582	3,0	1 440	9,3	3 142	20,2
Karlsruhe "	173 159	177 330	4 171	2,4	1 769	10,1	2 402	13,7
Mannheim "	164 564	167 665	3 101	1,9	1 171	7,0	1 930	11,6
Mosbach "	67 321	68 542	1 221	1,8	625	9,2	596	8,8
Pforzheim "	65 296	66 627	1 331	2,0	599	9,1	732	11,1
Sinsheim "	77 946	78 918	972	1,2	533	6,8	439	5,6
Tauberbischofsheim "	78 137	78 898	761	1,0	663	8,4	98	1,2
<b>Nordbaden</b>	<b>1 743 187</b>	<b>1 766 655</b>	<b>23 468</b>	<b>1,3</b>	<b>11 563</b>	<b>6,6</b>	<b>11 905</b>	<b>6,8</b>
Freiburg i. B. Stadtkr.	148 358	150 389	2 031	1,4	755	5,1	1 276	8,5
Baden-Baden "	39 726	39 772	46	0,1	— 30	— 0,8	76	1,9
Bühl Landkr.	82 749	84 582	1 833	2,2	846	10,1	987	11,8
Donaueschingen "	68 739	69 786	1 047	1,5	743	10,7	304	4,4
Emmendingen "	104 655	106 166	1 511	1,4	1 087	10,3	424	4,0
Freiburg "	80 502	82 986	2 484	3,1	1 201	14,7	1 283	15,7
Hochschwarzwald "	43 145	44 251	1 106	2,6	470	10,7	636	14,5
Kehl "	54 349	55 395	1 046	1,9	396	7,2	650	11,9
Konstanz "	164 330	167 907	3 577	2,2	1 482	8,9	2 095	12,6
Lahr "	81 644	82 129	485	0,6	861	10,5	— 376	— 4,6
Lörrach "	139 642	140 630	988	0,7	1 338	9,5	— 350	— 2,5
Müllheim "	55 879	56 888	1 009	1,8	491	8,6	518	9,1
Offenburg "	100 829	102 756	1 927	1,9	1 055	10,4	872	8,6
Rastatt "	124 925	127 644	2 719	2,2	1 427	11,3	1 292	10,2
Säckingen "	67 319	68 430	1 111	1,7	736	10,8	375	5,5
Stockach "	48 627	49 816	1 189	2,4	580	11,8	609	12,4
Überlingen "	61 614	63 908	2 294	3,7	714	11,3	1 580	25,0
Villingen "	86 298	87 500	1 202	1,4	1 031	11,8	171	2,0
Waldshut "	66 094	66 944	850	1,3	725	10,9	125	1,9
Wolfach "	53 805	54 509	704	1,3	674	12,4	30	0,6
<b>Südbaden</b>	<b>1 673 229</b>	<b>1 702 388</b>	<b>29 159</b>	<b>1,7</b>	<b>16 582</b>	<b>9,8</b>	<b>12 577</b>	<b>7,4</b>
Balingen Landkr.	100 968	102 172	1 204	1,2	913	9,0	291	2,9
Biberach "	102 941	104 799	1 858	1,8	1 296	12,5	562	5,4
Calw "	124 250	127 509	3 259	2,6	1 246	9,9	2 013	15,9
Ehingen "	44 650	45 466	816	1,8	437	9,7	379	8,4
Freudenstadt "	60 171	61 152	981	1,6	573	9,4	408	6,7
Heddingen "	52 020	53 049	1 029	2,0	595	11,3	434	8,3
Horb "	43 258	43 830	572	1,3	489	11,2	83	1,9
Münsingen "	39 845	40 409	564	1,4	363	9,0	201	5,0
Ravensburg "	107 375	109 679	2 304	2,1	1 218	11,2	1 086	10,0
Reutlingen "	164 408	166 759	2 351	1,4	1 423	8,6	928	5,6
Rottweil "	126 658	127 394	736	0,6	1 095	8,6	— 359	— 2,8
Saulgau "	67 185	67 836	651	1,0	750	11,1	— 99	— 1,5
Sigmaringen "	49 984	50 899	915	1,8	624	12,3	291	5,8
Tettmang "	77 193	78 173	980	1,3	975	12,5	5	0,0
Tübingen "	129 668	131 541	1 873	1,4	1 392	10,6	481	3,7
Tuttlingen "	80 876	81 617	741	0,9	726	8,9	15	0,2
Wangen "	73 045	73 838	793	1,1	826	11,2	— 33	— 0,4
<b>Südwestfalen-</b> <b>Hohenzollern</b>	<b>1 444 495</b>	<b>1 466 122</b>	<b>21 627</b>	<b>1,5</b>	<b>14 941</b>	<b>10,2</b>	<b>6 686</b>	<b>4,6</b>
<b>Baden-Württemberg</b>	<b>7 990 638</b>	<b>8 108 335</b>	<b>117 697</b>	<b>1,5</b>	<b>72 775</b>	<b>9,0</b>	<b>44 922</b>	<b>5,6</b>

<sup>1)</sup> Auf 1000 der mittleren Bevölkerung.

17 a. T.; es folgten Südwürttemberg-Hohenzollern mit 15 a. T., Nordwürttemberg mit 14 a. T. und schließlich Nordbaden mit 13 a. T.

#### **Wachstum der Großstädte schwächte sich 1963 weiter ab**

Seit etwa drei Jahren ist die Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg dadurch gekennzeichnet, daß sich die Zunahme in den Großstädten abschwächt, gleichzeitig aber ein verstärktes Bevölkerungswachstum nicht nur im Stuttgarter Raum, sondern auch im Umkreis der anderen Großstädte des Landes zu beobachten ist. Im Jahr 1963 traten diese Entwicklungstendenzen insofern noch deutlicher in Erscheinung, als die an der Einwohnerzahl gemessene Zuwachsrate in sämtlichen Großstädten unter dem Landesdurchschnitt lag und die Städte Stuttgart und Heidelberg sogar eine Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen hatten. In der Landeshauptstadt ergab sich im Jahr 1963 ein Wanderungsverlust von 7536 Personen, obwohl sich die Zahl der in Stuttgart registrierten Ausländer im gleichen Zeitraum um 2390 erhöhte. Demzufolge trat bei der deutschen Bevölkerung der Stadt Stuttgart innerhalb des Jahres 1963 ein Wanderungsverlust von nahezu 10 000 Personen ein. Durch den Geburtenüberschuß konnte nur ein Teil des Abwanderungsverlustes ausgeglichen werden, so daß die Gesamtbevölkerung Stuttgarts 1963 um 4390 oder 0,7 % abnahm. In Heidelberg betrug der Bevölkerungsverlust im Jahr 1963 – ebenfalls durch Abwanderung hervorgerufen – 0,4 %.

Die relativ stärkste Bevölkerungszunahme 1963 hatte von den Großstädten Baden-Württembergs – übrigens auch von sämtlichen Großstädten der Bundesrepublik – Freiburg im Breisgau mit einer Zuwachsrate von 1,4 % aufzuweisen. In Karlsruhe machte die Zunahme 0,8 % und in Mannheim 0,7 % aus.

Von den Stadtkreisen in Baden-Württemberg, die nicht zu den Großstädten zählen, übertraf nur Heilbronn mit einer Zunahme von 1,6 % leicht den Landesdurchschnitt. In Pforzheim betrug der Zuwachs 0,7 %, während bei den beiden übrigen Stadtkreisen die Bevölkerungsbilanz des Jahres 1963 mit einer leichten Abnahme abschloß, nämlich in Baden-Baden mit – 0,1 % und in Ulm mit – 0,0 %.

Im übrigen beschränkte sich die aufgezeigte Entwicklung nicht auf die Großstädte bzw. Stadtkreise, sondern auch bei einer Anzahl anderer Städte trat im Jahr 1963 eine Bevölkerungsabnahme ein. Von den Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern sind dies der Größe nach geordnet: Eßlingen am

Neckar (– 0,8 %), Göppingen (– 1,5 %), Schwäbisch Gmünd (– 0,8 %), Schwenningen am Neckar (– 0,7 %), Lörrach (– 0,4 %), Geislingen an der Steige (– 1,0 %), Tuttlingen (– 0,2 %), Lahr (– 0,8 %), Ehingen (– 0,0 %) und Nürtingen (– 0,1 %). Andererseits war gerade bei einigen Mittelstädten im Jahr 1963 eine beachtliche Bevölkerungszunahme festzustellen, so vor allem in Sindelfingen (6,1 %), Böblingen (4,6 %), Backnang (3,8 %) und Leonberg (3,5 %). Über 2 % lagen die Zuwachsraten außerdem in Offenburg, Konstanz und Reutlingen.

#### **Zunehmende Bevölkerungsdichte im Umkreis der Städte**

Die Bevölkerungsentwicklung des Jahres 1963 in den Landkreisen, die im einzelnen in der Kreistabelle dargestellt ist, folgte weitgehend der dargelegten Tendenz. Bis auf wenige Ausnahmen sind es nämlich die Nachbarkreise der Großstädte bzw. Stadtkreise, in denen die Einwohnerzahl am stärksten zunahm. Dazu zählen insbesondere im Regierungsbezirk Nordwürttemberg die Landkreise Böblingen (Zunahme 4,4 %), Leonberg (3,9 %), Backnang (2,7 %), Waiblingen (2,6 %), Ludwigsburg (2,5 %) und Heilbronn (2,4 %); im Regierungsbezirk Nordbaden die Landkreise Heidelberg (3,0 %), Karlsruhe (2,4 %), Pforzheim (2,0 %) und Mannheim (1,9 %), im Regierungsbezirk Südbaden die Landkreise Freiburg (3,1 %), Rastatt und Bühl (je 2,2 %), sowie schließlich im Regierungsbezirk Südwürttemberg-Hohenzollern der Landkreis Calw (2,6 %). Der Schwerpunkt der Bevölkerungsentwicklung liegt demnach gegenwärtig nicht mehr in den großen Städten, sondern in deren Umgebung, die in zunehmendem Maße ein städtisches Gepräge annimmt und sich hinsichtlich der Bevölkerungsdichte teilweise von städtischen Verhältnissen kaum noch unterscheidet. Zu den wenigen Landkreisen, die nicht im Nachbarkreis einer Großstadt liegen, aber ebenfalls eine verhältnismäßig starke Bevölkerungszunahme im Jahr 1963 aufwiesen, gehören vor allem Überlingen (3,7 %), Hochschwarzwald (2,6 %), Stockach (2,4 %) und Konstanz (2,2 %).

Unter den Landkreisen, deren Einwohnerzahl 1963 am schwächsten gestiegen ist, sind bemerkenswerterweise auch einige stärker industrialisierte Kreise zu finden. In folgenden Kreisen machte die Bevölkerungszunahme weniger als 1 % aus: Tuttlingen (0,9 %), Crailsheim und Schwäbisch Gmünd (je 0,8 %), Lörrach (0,7 %), Lahr und Rottweil (je 0,6 %) sowie Göppingen (0,2 %). Als einziger Landkreis hatte Künzelsau im Jahr 1963 eine leichte Bevölkerungsabnahme zu verzeichnen, und zwar um 0,1 %.

Diplomvolkswirt Paul Steinki

## **Das Wohnungsdefizit am 31. Dezember 1963**

#### **Rechtliche und methodische Grundlagen der Wohnungsdefizitberechnungen**

Das Gesetz über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft vom 23. Juni 1960 (BGBl. I, S. 389/418) schreibt in Artikel II § 3c und § 3d vor, nach welcher Methode und zu welchem Zeitpunkt in den Stadt- und Landkreisen des Bundesgebiets jeweils die Wohnraumbewirtschaftung durch Verordnung der Landesregierungen aufzuheben ist. Danach ist am Ende des Jahres für jeden Kreis die Zahl der Wohnungen der Zahl der Wohnparteien gegenüberzustellen.

Bei der Zahl der Wohnungen werden Notwohnungen, Unterkünfte in Baracken, in ausgesprochenen Kellergeschossen und sog. Nissenhütten usw. selbstverständlich außer acht gelassen. Ebenso rechnen nicht dazu die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte privatrechtlich gemieteten Wohnungen sowie die nur zeitweise bewohnten Ein- und Zweifamilienhäuser, in denen sich Zweitwohnungen von Familien befinden, die ihren ständigen Wohnsitz an einem anderen Ort haben.

Hinsichtlich der Wohnparteien besteht die Einschränkung, daß zwar die Zahl der Mehrpersonenhaushalte vollständig in die Berechnung eingeht, die Einpersonenhaushalte jedoch nur

zu 50 % und in den Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern zu 60 %, da bei weitem nicht alle Alleinstehenden (man denke etwa an die vielen Studenten in Hochschulstädten oder an ausländische Gastarbeiter) als echte Wohnungsanwärter im Sinne von Hauptmietern in Betracht kommen.

Zum Verständnis des gesetzlich festgelegten Begriffes der Wohnungsanwärter ist hervorzuheben, daß es sich hierbei nicht etwa um die von den Gemeindeverwaltungen registrierten „Wohnungssuchenden“ handelt. Die Zahl der Wohnungssuchenden wird immer größer sein als die Zahl der echten Wohnungsanwärter, da sich unter den Wohnungssuchenden stets auch sog. Wohnungswechsler und auswärtige Wohnungssuchende, also Personen befinden, die bereits eine Wohnung belegt haben, aber eine andere Wohnung erstreben. Näheres hierüber ist in dem Aufsatz „Das Wohnungsdefizit am 31. Dezember 1962“ in dieser Zeitschrift, Jahrgang 1963, Heft 9, ausgeführt worden.

Die Ausgangszahlen für die letztjährige und diesjährige Berechnung des Wohnungsfehlbestandes bilden nach dem Gesetz zur Änderung von Fristen des Gesetzes über den Abbau